



Yvonne Feri
Ihre Stimme für Kinder
und Gesundheit

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 21. Juni 2019

Bericht aus der Session – Nummer 31
Rückblick auf die Sommersession

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Wahlen, Wahlen, Wahlen! So habe ich meinen Newsletter zur aktuellen Session betitelt und so tönte es auch überall im Bundeshaus. Trotzdem durfte dabei der Politalltag nicht aus den Augen verloren werden. Denn wie immer hatte die Session ein dichtes Programm.

Und auch im **Kanton Aargau** gab es in dieser Woche eine Veränderung, die national Schlagzeilen machte und für Gesprächsstoff sorgte. Regierungsrätin Franziska Roth gab nach ihrem Parteaustritt im April nun auch ihren Rücktritt aus dem **Regierungsrat** bekannt. In den Parteien hat nun eine Diskussion begonnen, was zu tun ist. Auch die SP setzt sich damit auseinander und wägt verschiedene Möglichkeiten ab.

Nun aber zur Session: ein wichtiger Punkt betraf hier **meinen Vorstoss [18.4252](#)**, die Parlamentarische Arbeit auf Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik zu prüfen. Er wurde in dieser Session diskutiert und glücklicherweise vom Nationalrat, trotz Bekämpfungsversuchen durch die SVP, angenommen. Mehr dazu finden Sie im hinteren Teil des Sessionsberichtes oder Sie lesen mein Votum (verlinken) dazu.

Weitere ausgewählte Themen waren in dieser Session:

- Gesundheit
- Sozialversicherungen
- Altersvorsorge



Ausführlicheres dazu finden sie auf den kommenden Seiten.

Auch zwei Geschäfte aus dem Ständerat waren für mich eine Auflistung in diesem Sessionsbericht wert. Es geht dabei um die Aktienrechtsrevision und den Vaterschaftsurlaub.

Neben dem Erfolg meines Vorstosses war für mich der **14. Juni** der wichtigste Tag der Session. Die **Gleichstellung** ist seit jeher mein Kernthema. Die grosse Beteiligung **am Frauenstreik** hat mir bestätigt, dass hier noch lange nicht alle Ziele erreicht sind. Deshalb werde ich dieses Thema auch zukünftig in meinem Fokus behalten. Wir sind es den Frauen schuldig, die vor uns dafür gekämpft haben. Und wir sind es unseren Nachkommen schuldig. Für sie soll die Gleichstellung der Menschen in ihren Köpfen und in ihrem Alltag selbstverständlich sein.

Einmal mehr kommt am Ende meine Bitte um tatkräftige Unterstützung an Sie. Die anstehenden Wahlkampagnen sind zeitintensiv und teuer. Sowohl Woman/ManPower als auch Spenden sind sehr willkommen und nehme ich dankbar entgegen. Wenn auch Sie der Meinung sind, dass wir eine [faire, soziale und zukunftsfähige Schweiz](#) wollen und brauchen, dann melden Sie sich. Ich freue mich über Unterstützung in jeder Form. Sie können mir den ausgefüllten [Talon](#) schicken oder sich direkt auf der [Webseite](#) registrieren. Vielen Dank!

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri
Nationalrätin SP/AG
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz



21.06.2019

Aus dem Nationalrat

Bericht aus der Session

Nummer 31

Rückblick auf die
Sommersession...

GESUNDHEIT: Eine eidgenössische Kommission soll künftig die Qualität im Gesundheitswesen fördern. Nach dreieinhalb Jahren hat das Parlament die entsprechende Vorlage in trockene Tücher gebracht. Demnach soll der Bundesrat eine eidgenössische Qualitätskommission einsetzen und deren Mitglieder ernennen. Er muss dabei für eine angemessene Vertretung der Kantone, der Leistungserbringer, der Versicherer, der Versicherten sowie von Fachleuten sorgen. Zudem sollen auch die Patientenorganisationen vertreten sein. Am Mittwoch hat die grosse Kammer nun die letzten verbleibenden Differenzen beim Geschäft bereinigt. Die Lösung punkto Finanzierung sieht nun vor, dass sich Bund, Kantone und Versicherer die Kosten je zu einem Drittel teilen sollen. Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmungen.

Kommentar: Qualität in der Gesundheit ist das A und O. PatientInnen müssen sich auf eine hohe Qualität verlassen können.

SOZIALVERSICHERUNGEN I: Kosovaren, die aus der Schweiz in ihre Heimat zurückkehren, sollen ihre AHV- oder IV-Rente wieder erhalten. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat diesem Grundsatz zugestimmt. Offen bleibt die Frage, ob der Beschluss dem fakultativen Referendum unterstellt werden soll. Die kleine Kammer sagt Ja, Bundesrat und Nationalrat wollen das Abkommen dagegen nicht dem Referendum unterstellen. Der Entscheid fiel mit 110 zu 58 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Die Mehrheit lehnt das fakultative Referendum ab, da es sich um ein Standardabkommen handle, wie Sozialminister Alain Berset bestätigte. Eine SVP-Minderheit, die auch gegen das Abkommen stimmte, unterlag deutlich. Die Vorlage geht mit dieser Differenz zurück an den Ständerat.

Kommentar: Mir ist es wichtig, dass Menschen, die in unsere Sozialversicherungen einbezahlt haben, auch davon profitieren können - unabhängig von ihrer Herkunft. So ist es richtig, dass dies auch für Kosovaren gilt.

AUSSCHAFFUNGEN: Der Nationalrat möchte die Bestimmungen zu Landesverweisungen im Strafgesetzbuch nicht anpassen. Er hat eine parlamentarische Initiative der SVP-Fraktion mit 120 zu 64 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Laut Gregor Rutz (SVP/ZH) haben Schweizer Gerichte heute keine klaren Vorgaben, bei welchen Vergehen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger des Landes zu verweisen sind. Eine Mehrheit sah das anders. Das Parlament habe bewusst eine Formulierung gewählt, nach welcher die Gerichte in der Einzelfallprüfung über einen gewissen Ermessensspielraum verfügten. Erste Bundesgerichtsurteile zeigten auch, dass das Personenfreizügigkeitsabkommen keinen absoluten Hinderungsgrund für eine Landesverweisung darstelle. Mit dem Nein ist der Vorstoss erledigt.

Kommentar: Wir haben in den letzten Jahren verschiedene Verschärfungen gegenüber



AusländerInnen beschlossen. Es braucht diesen Ermessenspielraum für die Gerichte, da hinter jedem «Fall» ein Mensch steht und die Gesetze nicht jeder Situation ganz gerecht werden.

KRANKENKASSEN: Leistungen von Apotheken soll die Grundversicherung auch vergüten können, wenn die Apotheken während einer Behandlung keine Medikamente abgeben. Das verlangt das Parlament mit Blick auf das Sparpotenzial. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine Motion von Erich Ettlín (CVP/OW) oppositionslos unterstützt. Der Vorstoss wurde damit an den

Bundesrat überwiesen. Heute werden Beratungen und Abklärungen von Apotheken nur vergütet, wenn dabei ein von einem Arzt verschriebenes Medikament abgegeben wird. Apotheken könnten aber bei solchen Behandlungen auch mit Leistungen ohne Medikamentenabgabe Einsparungen herbeiführen.

Kommentar: Ein wichtiger Schritt! Bei meinem Besuch vor einigen Wochen in einer Apotheke, haben

wir das auch thematisiert. Langfristig gibt es hier Sparpotential, da die Apotheken über gut qualifiziertes Personal verfügen und Beratungsdienste übernehmen können, welche sonst bei den immer seltener werdenden HausärztInnen durchgeführt werden müssen.

Niemand kann dich ohne dein Einverständnis dazu bringen, dich minderwertig zu fühlen.

Eleanor Roosevelt

POLITIKERENTSCHÄDIGUNG: Der Nationalrat will sich seine eigenen Einkünfte nicht kürzen. Er hat die Halbierung der Bezüge für eidgenössische Politikerinnen und Politiker mit 145 zu 41 Stimmen abgelehnt, welche Roger Köppel (SVP/ZH) mit einer parlamentarischen Initiative gefordert hatte. Aus seiner Sicht hat die Höhe für Entschädigungen dazu geführt, dass viele Politikerinnen und Politiker nicht mehr einer ordentlichen Arbeit nachgingen, womit das Milizsystem untergraben werde. Die Gegner der Idee erachteten dies als kontraproduktiv; das Milizsystem werde dadurch nicht gestärkt. Im Gegenteil, es würden nur noch vermögende Personen in den eidgenössischen Räten einsitzen. Das Geschäft ist damit erledigt.

Kommentar: Unsere Entschädigung beläuft sich auf ca. CHF 85'000 jährlich, dazu kommen verschiedene Spesen – die wir (zumindest teilweise) auch brauchen. Alle vier Jahre investieren viele von uns auch eigenes Geld in den Wahlkampf (ich persönlich ca. CHF 35'000), das auch angespart werden muss. Unsere zeitliche Verfügbarkeit ist kaum eingeschränkt. Aus diesen und anderen Gründen bin ich froh, dass wir das Ansinnen der Kürzung abgelehnt haben.

GLEICHSTELLUNG I: Das Büro des Nationalrats soll die parlamentarische Arbeit auf die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik prüfen. Dieser Meinung ist die grosse Kammer. Sie hat ein entsprechendes Postulat von Yvonne Feri (SP/AG) mit 109 zu 62 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Die Mehrheit des Büros empfahl zuvor, den Auftrag anzunehmen. Der Bericht soll aufzeigen, was für abweichende Varianten zum heutigen System möglich und sinnvoll wären. Arbeitsweisen von Kantonsparlamenten oder aus vergleichbaren Ländern können als Ideengeber dienen. Thomas Aeschi (SVP/ZG) plädierte erfolglos für Nichtannahme des Postulats. Dieses hätte aus seiner Sicht nichts als eine "weitere teure Studie" zur Folge.

Kommentar: Meinen ausführlichen Bericht (Votum verlinken) dazu.

ALTERSVORSORGE: Die laufenden Renten im überobligatorischen Teil der beruflichen Vorsorge sollen nicht je nach Finanzlage der Kasse erhöht oder gesenkt werden. Der Nationalrat hat sich dagegen ausgesprochen. Mit 138 zu 37 Stimmen bei 4 Enthaltungen folgte die grosse Kammer ihrer Sozialkommission und lehnte eine parlamentarische Initiative von Thomas Weibel (GLP/ZH)



ab. Diese ist damit vom Tisch. Nach Meinung der Mehrheit würde es für die Versicherten eine grosse Unsicherheit bedeuten, wenn laufende Renten gekürzt werden dürften. Zudem arbeiteten die Sozialpartner derzeit an der nächsten grösseren Reform der beruflichen Vorsorge.

Kommentar: Zum Glück fanden wir hier eine Mehrheit. Wie sonst könnten wir uns noch auf die PK-Rente abstützen, wenn die Versicherer alle Möglichkeiten haben?

GESUNDHEIT I: Der Nationalrat hält nichts von einer Zuckersteuer. Er hat eine Standesinitiative des Kantons Neuenburg mit dieser Forderung klar mit 121 zu 43 Stimmen abgelehnt. Angesichts der verschiedenen freiwilligen Bestrebungen, den Zuckergehalt von Lebensmitteln zu reduzieren, gebe es keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf, sagte Benjamin Roduit (CVP/VS). Vergeblich argumentierte eine Minderheit für die Annahme der Initiative. Abgaben auf gezuckerte Erzeugnisse seien ein gutes Instrument, um mit Zuckerkonsum im Zusammenhang stehende Krankheiten wirksam zu bekämpfen, sagte Bea Heim (SP/SO). Da sich der Ständerat bereits gegen die Standesinitiative ausgesprochen hat, ist sie vom Tisch.

Kommentar: Schade, wurde dies abgelehnt. Diese kleine Massnahme hätte sicherlich grosse Wirkung gehabt!

Aus dem Ständerat:

AKTIENRECHT: Das Parlament will, dass mehr Frauen in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen sitzen. Fünf Tage nach dem Frauenstreik hat der Ständerat Geschlechterraichtwerte für beide Gremien beschlossen. Die vorberatende Kommission hatte einen Richtwert für Geschäftsleitungen abgelehnt. Der Ständerat folgte am Mittwoch aber mit 27 zu 13 Stimmen dem Nationalrat und dem Bundesrat - wohl auch unter dem Eindruck des Frauenstreiks. In Verwaltungsräten grosser börsenkotierter Unternehmen soll jedes Geschlecht zu mindestens 30 Prozent vertreten sein, in Geschäftsleitungen zu mindestens 20 Prozent. Sanktionen sind nicht vorgesehen: Unternehmen, die den Richtwert nicht erreichen, müssten bloss im Vergütungsbericht die Gründe sowie Massnahmen zur Verbesserung darlegen.

Kommentar: Endlich! Ein kleiner Schritt ist gemacht. Doch ohne Sanktionen und Massnahmen wird es wohl ein Papiertiger sein. Aber immerhin reden wir nun darüber und die Wirtschaft sollte sich bemühen.

VATERSCHAFTSURLAUB: Der Ständerat wählt beim Vaterschaftsurlaub den Kompromiss: Er hat sich am Donnerstag mit 26 zu 16 Stimmen für zwei Wochen Urlaub für frischgebackene Väter ausgesprochen und damit einem indirekten Gegenentwurf Folge gegeben. Die Volksinitiative, welche vier Wochen fordert, lehnte der Rat mit 29 zu 14 Stimmen bei einer Enthaltung ab. Ein Teil des Rates lehnte sowohl die Volksinitiative als auch den Gegenvorschlag ab. Beide würden starre gesetzliche Regelungen bringen, hiess es. Zuspruch erhielt demgegenüber ein drittes Konzept. Dieses sieht 16 Wochen Elternurlaub vor statt wie bisher 14 Wochen Mutterschaftsurlaub. Die FDP-Ständeräte haben noch am selben Tag eine entsprechende Motion eingereicht. Die Volksinitiative und der Gegenvorschlag gehen an den Nationalrat.

Kommentar: Ein Tag reicht nicht – und auch zwei Wochen sind zu wenig. Endlich hat sich der Ständerat wenigstens für diesen kleinen Schritt in Richtung Elternzeit ausgesprochen.



Persönliche Vorstösse und Geschäfte in der Sommersession:

- [18.4252](#) Parlamentarische Arbeit auf Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik prüfen – überwiesen – es wird nun ein Bericht erstellt.
- [19.3674](#) Gefahren beim direkten Tausch von Frauenmilch (Interpellation)
- [19.3675](#) Schweizer Entwicklungszusammenarbeit im Privatsektor (Interpellation)
- [19.3676](#) Prävention und Bekämpfung von Armut bei Menschen mit Beeinträchtigungen (Interpellation)
- [19.3678](#) Halbierung der Armut (Interpellation)